



II— 934 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

DER BUNDESMINISTER FÜR INNERES

370 /A.B.
zu 437 /J.
Präs. am 2. Juni 1972

Zahl: 72 270/9-24/72

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g :

Zu der von den Abgeordneten DVw. Josseck und Genossen in der Sitzung des Nationalrates vom 10. Mai 1972 gestellten Anfrage, betr. Ausstellung neuer Reisepässe - Diskriminierung der Volksdeutschen, beehre ich mich mitzuteilen:

Mit dem Durchführungserlaß des Bundesministeriums für Inneres zum Paßgesetz 1969, Zl. 103 800 - 24/70, wurde angeordnet, daß von der Vorlage und Überprüfung der Urkunden und sonstigen Unterlagen über Familiennamen, Vornamen, Datum und Ort der Geburt, Berechtigung zum Führen eines akademischen Grades, Beruf und Staatsbürgerschaft Abstand zu nehmen ist, wenn mit dem Antrag auf Ausstellung eines neuen Reisepasses ein von einer inländischen Paßbehörde für den Paßwerber ausgestellter alter österreichischer Reisepaß vorgelegt wird, gleichgültig, ob dieser Reisepaß von derselben oder einer anderen Behörde ausgestellt worden ist und gleichgültig, ob der Reisepaß noch gültig oder bereits abgelaufen ist. In diesen Fällen ist lediglich zu prüfen, ob die für die Paßeintragung relevanten Angaben im Paßantrag mit den Eintragungen im vorgelegten alten Reisepaß übereinstimmen. Nur für jene begehrten Eintragungen, die sich von den Eintragungen in dem vorgelegten Reisepaß unterscheiden, ist der jeweils hierfür erforderliche Nachweis beizubringen.

Da diese Regelung von einigen Paßbehörden nicht sofort befolgt wurde und bei anderen Paßbehörden Unklar-

heiten über die Vorgangsweise bei der Ausstellung eines Reisepasses bestanden, wenn mit dem Antrag auf Ausstellung des Reisepasses ein alter Reisepaß vorgelegt wurde, habe ich die Ausgabe eines zusätzlichen Erlasses an alle Paßbehörden angeordnet, der sich in ausführlicher Weise ausschließlich mit der Ausstellung neuer österreichischer Reisepässe bei gleichzeitiger Vorlage eines alten Reisepasses befaßt. Auch in diesem Erlaß, der am 1. April 1971 ergangen ist, wurden selbstverständlich keinerlei Unterschiede gemacht zwischen österreichischen Staatsbürgern, die die Staatsbürgerschaft durch Abstammung oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durch Verleihung (z.B. Volksdeutsche) erworben haben.

Da in der Folge keine Beschwerden bekannt wurden, war ich der Ansicht, daß die vorzitierten Erlässe ausnahmslos beachtet werden.

Erst durch die "Oberösterreichischen Nachrichten" vom 23. März 1972 wurde ich darauf aufmerksam gemacht, daß bei Paßbehörden im Bundesland Oberösterreich noch Schwierigkeiten hinsichtlich der Durchführungen der Weisungen über die Ausstellung von neuen Reisepässen bei Vorlage alter Reisepässe bestehen.

Ich habe darauf am 30. März 1972 eine Presseverlautbarung herausgegeben, in der darauf hingewiesen wurde, daß für die Ausstellung eines neuen Reisepasses nur der alte, von einer inländischen Paßbehörde ausgestellte Reisepaß und ein Meldenachweis vorgelegt werden müssen, wenn sich die begehrten Eintragungen von den diesbezüglichen Eintragungen im vorgelegten alten Reisepaß nicht unterscheiden und daß diese Richtlinien selbstverständlich nicht nur für Personen, die österreichische Staatsbürger durch Abstammung sind, sondern auch für jene gelten, die die österreichische Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung erworben haben. Gleichzeitig habe ich die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Oberösterreich anweisen lassen, für die Einhaltung der oben genannten Erlässe unverzüglich Sorge zu tragen.

- 2 -

Darüber hinaus wurde mit dem zuständigen Redakteur der "Oberösterreichischen Nachrichten" schriftlich Kontakt aufgenommen und um Bekanntgabe aller Einzelfälle ersucht.

Abgesehen von einem Fall, in dem bereits vor längerer Zeit einer Paßwerberin zu Unrecht ein Staatsbürgerschaftsnachweis abverlangt worden ist, konnten alle von der vorerwähnten Zeitung bekanntgegebenen Fälle einer Bereinigung zugeführt werden. Hiezu gehört auch, daß ich durch die mittlerweile ergangene Anordnung, wonach Personen, deren Vorname in ihren Geburtsurkunden in einer fremden Sprache eingetragen ist, nunmehr verlangen können, daß der Vorname im neuen Reisepaß nur noch in der deutschsprachigen Form aufzuscheinen hat, einem insbesondere von den Volksdeutschen geäußerten Wunsch vollinhaltlich entsprochen habe.

Da die erwähnten Runderlässe, wonach für die Ausstellung eines neuen Reisepasses die Vorlage des alten Reisepasses sowie ein Meldenachweis ausreichen, lediglich von einigen Paßbehörden im Bundesland Oberösterreich nicht eingehalten worden sind, erachte ich die bisher erfolgten Anweisungen der in Betracht kommenden Paßbehörden als ausreichend.

29. Mai 1972

Der Bundesminister

